

Der Freisinn



Nr. 6
Juni 1982
4. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Vorstoss von freisinniger Seite

Landwirtschaftspolitik im Umbruch

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, ein Postulat des freisinnigen Tessiner Volksvertreters Massimo Pini entgegenzunehmen, in welchem dieser verlangt, die Ausarbeitung des Sechsten Landwirtschaftsberichtes zu beschleunigen. Nachstehend Wortlaut und Begründung des Vorstosses:

Die im Postulat aufgezeigten Probleme widerspiegeln das Malaise, unter dem unsere Landwirtschaft seit mehreren Jahren leidet, ohne dass man Lösungen hätte finden können, welche die Folgen der erstwähnten Missverhältnisse langfristig vermindern könnten. Keine Prognosen des Fünften Berichts über die Agrarpolitik, den der Bundesrat am 22. Dezember 1976 vorgelegt hat, wurde durch die seitherige Entwicklung in vollem Umfang bestätigt. Man kann sagen, dass die landwirtschaftliche Entwicklung der siebziger Jahre zu Situationen geführt hat, die schwieriger zu meistern sind, als man auf Grund noch so vorsichtiger Voraussagen hätte erwarten können.

Warten auf Sechsten Landwirtschaftsbericht?

Die Wirtschaftskommission des Nationalrates kam nach der Prüfung der parlamentarischen In-

itiative, die ich im Hinblick auf die Aenderung des geltenden Landwirtschaftsgesetzes im Sommer 1980 in der Form der allgemeinen Anregung eingereicht hatte, in ihrem Bericht vom Herbst 1981 «nach einlässlicher Diskussion zur Auffassung, dass das Parlament in diesem komplexen Problembereich nicht von sich aus gesetzgeberisch aktiv werden sollte, - der gesamte Fragenkomplex aber wegen des offensichtlich bestehenden Malaise eine nähere Prüfung verdiene. Der Kommission scheint daher der gangbarste Weg darin zu liegen, wenn im Rahmen des Sechsten Landwirtschaftsberichtes den eidgenössischen Räten Bericht erstattet würde:

1. über die gegenwärtige Situation der schweizerischen Landwirtschaft, die ungelösten Probleme und über wünschbare Aenderungen;
2. über die hiezu erforderlichen neuen Rechtsgrundlagen bezie-

hungsweise über eine Revision des Landwirtschaftsgesetzes.»

Neue Kriterien festlegen

Obwohl die Wirtschaftskommission des Nationalrates der Ansicht war, das gewählte Verfahren der Initiative sei nicht zweckmässig, stellte sie in ihrem Bericht fest, «dass die gegenwärtige Situation im Landwirtschaftssektor besondere Aufmerksamkeit verdient und eine sehr sorgfältige Analyse des Bundesrates im Rahmen des von ihm noch auszuarbeitenden Sechsten Landwirtschaftsberichtes rechtfertigt».

Auf Grund dieser Folgerungen halte ich es für angezeigt, den Bundesrat darauf aufmerksam zu machen, wie notwendig es ist, für die Agrarpolitik so schnell als möglich neue Kriterien festzulegen; mit den im Postulat angesprochenen Problemen sind die zuständigen Behörden übrigens wohlvertraut.

Während die Kosten in der Landwirtschaft immer weiter steigen, geht das Einkommen aus der Produktion zurück, wobei zwischen den Betrieben des Berggebietes und den Betrieben des Mittellandes immer noch grosse Unterschiede bestehen. Gleichzeitig lastet die Verschuldung auf den kleinen und mittleren Betrieben je länger, je schwerer; diese gehen stets grössere finanzielle Verpflichtungen ein, um sich eine Produktionsfläche zu erhalten, die es ihnen erlaubt, die Alltags-

Fortsetzung auf Seite 2

Freisinnige Thesen zur Friedenspolitik

Keinen Frieden um jeden Preis

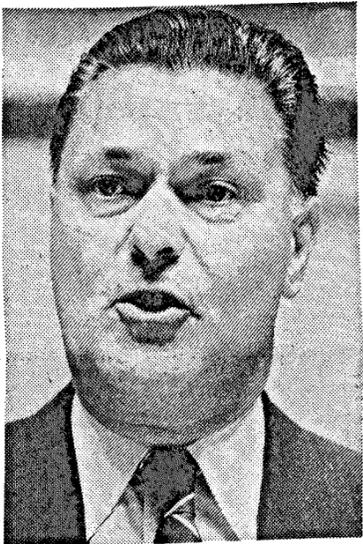
Die FDP der Schweiz hat «40 Thesen zur schweizerischen Friedenspolitik» ausgearbeitet. Diese wurden an einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Nachstehend das diesen Anlass einleitende Referat von Parteipräsident Yann Richter:

Was können wir für die Erhaltung des Friedens tun? Dies ist eine Frage, die in den letzten Monaten und Jahren intensiver gestellt wurde. Das Thema Frieden bestimmte in jüngster Zeit einen guten Teil der öffentlichen Diskussion. In Massenveranstaltungen wurde gegen den Krieg und für den Frieden demonstriert.

Das neue Aufflammen

Die Sehnsucht des Menschen nach der Erhaltung und der Sicherung des Friedens ist an sich nicht eine Erscheinung unserer Tage. In der Forderung nach Frieden und Sicherheit drückt sich das Bedürfnis des Menschen aus, in Harmonie und ohne existentielle Gefährdung leben zu können. Die Vorstellung von einer anderen, besseren Welt, in der diese Bedingungen für alle Menschen garantiert sind, ist wohl kaum jemand fremd. Weshalb aber denn dieses plötzliche Aufflammen einer neuen Friedens-«Bewegung»?

Die heutige Diskussion wurde im wesentlichen durch den sogenannten Nato-Nachrüstungsbeschluss vom Dezember 1979 entfacht. Dieser wurde provoziert durch die seit Jahren anhaltende sowjetische Aufrüstung, die zu einer Zeit intensiver Verhandlungen (Salt, MBFR, KSZE) und Entspannungsbemühungen stattfand und weit über die rein defensiven Verteidigungsbedürfnisse der UdSSR hinausgeht. Zu Besorgnis Anlass gab auf westlicher Seite insbesondere der forcierte Ausbau des sowjetischen Mittelstreckenpotentials, der nach Gegenmassnahmen rief. Als Reaktion auf den Nato-Entscheid, landgestützte Mittelstreckenwaffen in Europa zu installieren, mobilisierte die UdSSR die mit ihr sympathisierenden Organisationen und Kreise. In deren Sog entwickelte sich eine grössere Bewegung, die auch auf viele Menschen guten Willens übergeht, bei denen für ihr Engagement in der Friedens-«Bewegung» keine politischen Motive weder im Vordergrund noch im Hintergrund stehen, sondern das ehrliche Bestreben nach einem dauerhaften Frieden.



Afghanistan noch weiter verschlechtert. Trotz internationalen Protesten, trotz den hohen Opfern, die diese Besetzung auch der Sowjetunion abfordert, zeichnet sich noch immer keine politische Lösung ab, die dem schwergeprüften Land seine Unabhängigkeit wieder brächte.

Die hoffnungsvoll begonnenen Demokratisierungsbemühungen in Polen wurden unter dem Drucke Moskaus jäh abgebrochen. Das Einschreiten der Sowjetunion stellt eine krasse Missachtung der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki dar.

Das Gleichgewicht und der Friede in Europa

Im Sicherheitsbereich steht heute wegen des Vorgehens der UdSSR in Afghanistan und in Polen anstelle von mehr Vertrauen erneutes Misstrauen. Statt dass die Be-

Fortsetzung auf Seite 4



Ihre diesjährige «Schulreise» führte die Mitglieder der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung an die Lötschberg-Sudrampe. Auf unserem Bild begrüsst in Ausserberg Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey (Montreux) seine Ratskollegen sowie eine stattliche Anzahl Gäste. Impressionen über den mit Informationen über den Ausbau der BLS-Linie zwischen Spiez und Brig auf Doppelspur gespickten Ausflug finden Sie auf Seite 5. (Foto ruti)

**Sparen?
Dann zur
SKA.**



Afghanistan und Polen
Das durch die konstante Aufrüstung der Sowjetunion bereits schwer beeinträchtigte Vertrauensklima für Abrüstungsverhandlungen wurde durch die sowjetische Militärintervention in

Fortsetzung von Seite 1

bedürfnisse ihrer Familie zu befriedigen.

Ausrichtung auf Familienbetriebe

Unsere Landwirtschaft muss mehr denn je auf die Familienbetriebe ausgerichtet werden; andernfalls besteht die Gefahr, dass das Ungleichgewicht und die Benachteiligung fortbestehen, und zwar sowohl in den Landwirtschaftsgebieten des Mittellandes als auch — und dort noch vermehrt — im Berggebiet. Regierung und Gesetzgeber müssen die Neuausrichtung mit aller Kraft anstreben.

Der Sechste Landwirtschaftsbericht, den der Bundesrat so schnell als möglich vorlegen sollte, wird für die möglichst zweckmässige Lösung der im Postulat aufgezeigten Probleme die erforderliche politische Grundlage bilden. Gleichzeitig wird der Bundesrat eingeladen, das ganze Landwirtschaftsgesetz von 1951 zu überarbeiten und zu vereinfachen sowie die unausweichlichen Mängel aus einer mehr als dreissigjährigen Entwicklung der Gesetzgebung zu beseitigen. Dass es notwendig ist, die Gesetzgebung zu vereinfachen und gewisse Bestimmungen des geltenden Gesetzes an die jüngste Entwicklung in der Landwirtschaft anzupassen, scheint unbestritten.

Mit dem Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, sich für dieses gesetzgeberische Anliegen voll und ganz einzusetzen; dabei werden auch die Reformen, die von einer neuen Agrarpolitik ausgehen werden, gebührend zu berücksichtigen sein.



Das Postulat von Nationalrat Pini (FDP, TI) im Wortlaut:

«Angesichts der Ungleichgewichte, die es in der Landwirtschaft weiterhin gibt, laden wir den Bundesrat ein, die Ausarbeitung des Sechsten Landwirtschaftsberichts zu beschleunigen und zusammen mit den neuen Zielen, die er darin festzulegen gedenkt, konkrete Lösungen für die folgenden aktuellen Probleme vorzuschlagen:

- Abnahme des durchschnittlichen landwirtschaftlichen Einkommens;
- grosse Differenz im Produktionsertrag zwischen Berggebiet und Mittelland;
- wachsende Schwierigkeiten und zunehmende Verschuldung bei der Beschaffung von Boden zur landwirtschaftlichen Nutzung;
- regionale Ungleichgewichte bei der viehwirtschaftlichen Produktion und beim Pflanzenbau (Milchkontingentierung, übermässige Fleischproduktion, Futtermittelversorgung usw.);
- Schwächung der Familienbetriebe gegenüber „industriell“ bewirtschafteten Betrieben.

Ferner wird der Bundesrat eingeladen, die gesamte Landwirtschaftsgesetzgebung zu überarbeiten, um sie dadurch zu vereinfachen und besser auf die Bedürfnisse und die Entwicklung unserer Landwirtschaft in diesem Jahrzehnt abzustimmen.»

Tribüne



Heilmittel und parlamentarische Kontrolle

Die Interkantonale Vereinbarung über die Kontrolle der Heilmittel soll gemäss vorliegendem Revisionsentwurf staatsrechtlich entscheidend verändert werden und eine neue Struktur bekommen. Die Konkordatskonferenz, praktisch die Versammlung der Sanitätsdirektoren der Kantone, soll unmittelbar verbindliche Erlasse beschliessen können, die unmittelbar anwendbar sind und dem kantonalen Recht vorgehen. Die verwaltende Interkantonale Kontrollstelle (IKS) entscheidet als Behörde mit unmittelbarer Rechtswirksamkeit für die Betroffenen. Da Verfügungen ja auch durchsetzungsfähig sein müssen, soll die IKS auch Strafkompentenz bekommen (Haft oder Busse bis zu Fr. 10 000.—).

Die Fragen, vor die sich heute die Heilmittelkontrolle gestellt sieht, lassen das Bemühen um ihre verwaltungsrechtliche Verstärkung immerhin als verständlich erscheinen. Das Mittel, wie dieses Ziel erreicht werden soll, erscheint einer unbefangenen Betrachtung jedoch abwegig. Im Begleitbericht zum neuen Konkordatsentwurf wird besonders ausgeführt und hervorgehoben, das angestrebte Instrumentarium gehe vom klaren Bekenntnis zur Beibehaltung der föderalistischen Ordnung im Gesundheitswesen aus. Dieses Bekenntnis hört sich recht schön und sentimental an, lässt aber bei näherem Betrachtung Wesentliches vermissen. In Wirklichkeit baut hier die Versammlung der Sanitätsdirektoren eine für die Kantone gesetzgebende Behörde auf, die grosse praktische Bedeutung hat, jedoch ausserhalb jeder parlamentarischen Kontrolle steht. Die Sanitätsdirektoren machen sich praktisch zur ge-

setzgebenden Behörde der Kantone und dirigieren dazu noch die ihr unterstellte Verwaltung. Diese, die IKS, — das ist voraussehbar — wird den notorisch überlasteten und mit Fachwissen nur dürftig versehenen Regierungsräten dann sagen, was zu beschliessen ist.

In den Kantonen ist die Regierung, mit der das Heilmittelkonkordat verglichen werden kann, immerhin noch von der Volksvertretung kontrolliert. Und die Gesetzgebung untersteht dem obligatorischen oder fakultativen Referendum. Nur mit grösstem Befremden kann zur Kenntnis genommen werden, dass hier eine Verwaltungsstruktur aufgebaut werden soll, die jenseits der parlamentarischen Kontrolle des Bundes und der Kantone steht. Die Heilmittelkontrolle beinhaltet heute sehr brisante Fragen, die jeden angehen. Wenn sie in ihrer bisherigen Verwaltungsform nicht mehr befriedigt und der einzelne Kanton darin überfordert ist, so muss dem demokratisch-rechtsstaatlichen Verständnis eben damit Rechnung getragen werden, dass sie vom Bund übernommen wird.

Es stimmt sehr bedenklich, dass die Sanitätsdirektoren sowohl im internen Vernehmlassungsverfahren wie auch an der Lesung Null der Konferenz den Entwurf begrüssen. Die Kreise, welche durch die heute komplexen Fragen der Heilmittelzulassung betroffen sind, werden es sich überlegen müssen, ob sie nicht durch eine Initiative auf Bundesebene die Heilmittelkontrolle in staatsrechtlich saubere Bahnen bringen wollen.

Dr. Rudolf Hädener, Kantonsrat, Schaffhausen

Kaiseraugst — das Parlament am Zug

Der Entscheid ist dringlich

Nach langem Zögern hat der Bundesrat den Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk bejaht und am 28. Oktober 1981 die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst erteilt. Der freisinnige Aargauer Grossrat Ulrich Fischer, Direktor Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, erläutert die Situation aus seiner Sicht.

Nachdem weitere Monate für die Ausfertigung der Botschaft benötigt worden waren, konnte dieses Dokument Ende März mit dem Antrag auf Genehmigung den eidgenössischen Räten unterbreitet werden. Nach ergänztem Atomrecht haben nun National- und Ständerat das letzte Wort und damit auch die Verantwortung im Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Kaiseraugst.

Welcher Weg?

Da die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht das einzige energiepolitische Geschäft ist, welches auf dem Tisch der eidgenössischen Räte liegt, sind bereits verschiedene Stimmen laut geworden, welche ein Hinausschieben der Entscheidung über Kaiseraugst propagieren. Ein solches Vorgehen wäre indessen verfehlt. Der Stromverbrauch steigt trotz aller Appelle nach wie vor weiter an — im Durchschnitt der letzten Jahre rascher als die höheren Werte sämtlicher Prognosen. Dazu hat das Postulat «Weg von der einseitigen Erdölabhängigkeit» nichts an Aktualität eingebüsst. Das Kernkraftwerk Kaiseraugst kann aber im besten Fall 1991/92 seinen Betrieb aufnehmen und damit die zu erwartende Versorgungslücke schliessen. Wahrscheinlich liegt jedoch dieser Zeitpunkt in noch weiterer Ferne. Schon deshalb sollte jede weitere Verzögerung im Bewilligungsverfahren vermieden werden.

Initiative als Verzögerungsfaktor?

Es trifft zwar zu, dass Kaiseraugst bei Annahme der Atominitiative II nicht und bei Annahme der Energieinitiative wenigstens vorläufig nicht realisiert werden könnte. Dies rechtfertigt indessen kein Zuwarten mit der Behandlung der Rahmenbewilligung Kaiseraugst. Die Genehmigung der Rahmenbewilligung durch das

Parlament ermöglicht nämlich noch keinen Baubeginn. Hiefür ist auch noch die nukleare Baubewilligung notwendig, für deren Erteilung mindestens ein weiteres Jahr beansprucht wird. Grössere Investitionen, insbesondere der Baubeginn auf dem Gelände in Kaiseraugst, erfolgen aber erst nach Erteilung der nuklearen Baubewilligung. In der Zwischenzeit werden Volk und Stände auch die Initiativen entschieden haben. Diese dürfen deshalb für die eidgenössischen Räte nicht Veranlassung bilden, den Entscheid über die Rahmenbewilligung Kaiseraugst zu vertagen.

Elektrizitätsversorgungslücke unvermeidlich

Weitere Verzögerungen müssten zweifelsohne dazu führen, dass früher oder später in der Schweiz eine Elektrizitätsversorgungslücke auftreten würde. Selbstverständlich würde sich die Elektrizitätswirtschaft darum bemühen, die Auswirkungen dieser Lücke mit Importen möglichst wenig spürbar werden zu lassen. Es ist aber zu erwarten, dass sich die Produktionsreserven auch in unseren Nachbarländern in den kommenden Jahren verringern werden, da auch dort Schwierigkeiten bei der Realisierung neuer Produktionsanlagen bestehen, wobei höchstens Frankreich eine Ausnahme macht. Die gelegentlich geäusserte Idee einer vermehrten Energieversorgung aus dem Ostblock kann und darf aus politischen und Gründen der Versorgungssicherheit für unser Land keine Lösung sein. Die Zeitspanne, bis das nächste Kernkraftwerk nach Leibstadt in der Schweiz seinen Betrieb aufnehmen kann, beträgt 8 bis 10 Jahre. Brauchbare Alternativen hiefür gibt es nicht. Der Entscheid ist deshalb dringlich.

Verantwortung der Elektrizitätswirtschaft...

Die Elektrizitätswirtschaft ist verantwortlich für eine genügende Elektrizitätsversorgung unseres Landes. Sie hat diese Verantwortung stets ernst genommen, und es ist ihr gelungen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Diese Verantwortung kann selbstverständlich nur so weit gehen, als deren Wahrnehmung durch äussere Umstände nicht verunmöglicht wird. An diesem Punkt stehen wir heute. Wie die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hat auch der Bundesrat erkannt, dass sich sachlich gegen die Realisierung des Kernkraftwerkes Kaiseraugst nichts einwenden lässt, dass dieses vielmehr für die Deckung unseres Strombedarfs notwendig und für die Fernwärmeversorgung der Region Basel geeignet ist. Der Bundesrat hat deshalb mit einem Sachentscheid die Rahmenbewilligung erteilt.

... und der eidgenössischen Räte

Der Bundesbeschluss zum Atomgesetz hat den eidgenössischen Räten ein Genehmigungsrecht für die Rahmenbewilligung eingeräumt. Der Vorteil dieses Verfahrens liegt darin, dass die einmal erteilte Rahmenbewilligung politisch breit abgestützt ist. Nachteilig wirkt sich dagegen aus, dass eine Bewilligungserteilung, die eigentlich ein Sachentscheid sein müsste, wesentlich von politischen Elementen mitgeprägt wird. Wenn die eidgenössischen Räte

die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst genehmigen, treten sie auch politisch für dessen Realisierung ein. Sie tragen somit auch die politische Verantwortung hiefür. Verweigern sie umgekehrt die Genehmigung der Rahmenbewilligung aus politischen Gründen — andere können es ja nicht sein, nachdem der Bundesrat den Sachentscheid gefällt hat —, tragen sie die volle Verantwortung für die Folgen der Nichtrealisierung einer notwendigen Stromproduktionsanlage. Diese Verantwortung wiegt bei Kaiseraugst im einen wie im anderen Fall schwer. Bei den eidgenössischen Räten liegt von nun an auch die Verantwortung für weitere Verzögerungen. Auch diese ist mit Blick auf die Energieversorgung und die finanziellen Auswirkungen gravierend.

Keine Augen-, aber auch keine Trauerweide

Der neueste Konflikt, der an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ausgebrochen ist, sollte auf bürgerlicher Seite bedacht und, wenn schon, mit nur wenig Schadenfreude zur Kenntnis genommen werden. Es geht da immerhin um eine Staatspartei, welche durch ihre Vertretung im Bundesrat die Bundespolitik mitträgt — wenn diese Vertretung, abgesehen von persönlicher Popularität, in der Partei noch einen Anhang zu erkennen vermag, der sie als «Genosse Bundesrat» erkennt und anerkennt. Es ist das, was die SP-Spitze als neuestes Schaustück geboten hat, für Aussenstehende nicht eine (politische) Augenweide. Aber auch kein Grund, dafür eine Trauerweide aufzurichten.

Da passiert einfach das, was anderen Allesbesserwissern und neunmalklugen Taktikern schon widerfahren ist: Sie werden von ihrem politischen Stil eingeholt und von den Leuten, die man mit Stolz in die Partei geholt hat, überholt. Und zwar von den vielen ... isten: von Oekologen, Pazifisten, Antimilitaristen, die zwar dankbar oder gar begierig das Redner- und Selbstdarstellungs-Podium, das ihnen die «grosse Volkspartei» anbot, ergreifen, aber nie daran denken, dass eine Partei auch auf ein Minimum an Disziplin, Loyalität, an Gemeinsinn und an Einordnung in ein gemeinsam und demokratisch erarbeitetes Parteiziel angewiesen ist.

Es laufen heutzutage natürlich ungeheuer viel geschickte Leute im Land und in der Politik herum, die lustvoll nach neuen Wegweisern zum «Weltuntergang» ausspähen und dabei sogar aufstecken und dabei «des kleinen Glücks der kleinen Herde» geringachten. Dass es den meisten in unserem Land materiell leidlich gut geht, ist ein intellektuelles Aergernis, das an einem gesunden Zahn auch dort stochert, wo kein Loch und keine Fäulnis vorhanden ist.

Mit seinem intellektuellen «Ueberbau», dem Parteipräsident Hubacher so intensiv hofiert hat (welchem anderen dessen Vertreter als einem «grossen Taktiker» ebenso hofiert haben), muss er selber fertigt werden, womöglich im Geist der Toleranz, wie er in der SP Basel-Stadt so auffällig geübt wird. In dem Freiburger Genossen Félicien Morel ist ihm ein Antipode erstanden, der ihm noch einiges zu schaffen machen wird, solange dieser daran erinnert, dass diese Partei auch noch eine «Basis» hat und diese braucht und nicht nur die intellektuellen Seiltänzer, die sich ja häufig selbst am interessantesten vorkommen.

E. W.

Nationalrat Friedrich kommentiert die freisinnigen Friedensthesen

Friedenssehnsucht und Freiheit

Es hat am 6. Februar auf dem Berner Gurten begonnen. An einer gut besuchten Tagung setzten sich die schweizerischen Delegierten mit der Friedensbewegung auseinander. Aus jener Diskussion entstand das Bedürfnis, den freisinnigen Standpunkt zur Friedenspolitik im Detail festzuhalten, was mit den «40 Thesen zur schweizerischen Friedenspolitik» geschehen ist. Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich, Winterthur, fasst diese wie folgt zusammen:

Friede ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Die Wahrung des Friedens gehört daher zu den elementaren Zielen der schweizerischen Sicherheitspolitik. Das gilt nicht erst heute. Friede kann in der Dauer sein, wenn er auf Freiheit und Recht für alle Menschenwürde und der Menschenrechte undenkbar. Ziel unserer Politik ist daher nicht irgendein «Friede», etwa derjenige der allmählichen Satellisierung, der allmählichen Polarisierung, der allmählichen Unterdrückung der Freiheit und nationaler Unabhängigkeit. Es gibt keinen wahren Frieden ohne Freiheit. Beide gehen zusammen. Unterdrückung und Fremdherrschaft sind kein Friedenszustand.

Realistische Lagebeurteilung vornehmen

Politik muss wirklichkeitsbezogen sein. Wir können nicht einfach Idealvorstellungen folgen, sondern müssen uns von der Einsicht in die Zusammenhänge der Weltsituation leiten lassen. Auch der Neutrale darf eine realistische Lagebeurteilung vornehmen. Sein Wappentier ist nicht der Vogel Strauss, sondern der wachsame und allenfalls bissige Hofhund. Unsere Welt ist leider keine friedliche, durch Recht geordnete, sondern eine von Macht und Gewalt geprägte. In Mitteleuropa stehen sich starke Streitkräfte gegenüber mit bedrohlicher Ueberlegenheit des Warschauer Paktes. Das totalitäre Herrschaftssystem des Ostens macht dessen Politik undurchsichtig und unberechenbar. Die Sowjetunion tendiert auf Machtausweitung, gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln. Krieg lässt sich daher nicht einfach wegemonstrieren. Solange

es expansionistische Mächte gibt, lässt er sich nur verhindern. Dazu braucht es Abwehrbereitschaft. Friede bedarf des wirksamen Schutzes.

Ein Instrument zur Wahrung des Friedens in Freiheit ist eine glaubwürdige Landesverteidigung mit ihren zivilen und militärischen Elementen, insbesondere Armee, Zivilschutz und Landesversorgung. Ein Staat mit der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit der Schweiz ist in der Lage, so viel Abwehrbereitschaft aufzubauen, dass sich ein Angriff nicht lohnt, weil Aufwand und Ertrag für den Angreifer in einem Missverhältnis stünden. Indem eine wirksame Abwehr einen möglichen Angreifer von vornherein abhält, dient sie der Wahrung des Friedens in Freiheit.

Unsere Armee ist eine Verteidigungsarmee

Unsere Armee ist nach Ausrüstung und Ausbildung eine reine Verteidigungsarmee, zum Einsatz innerhalb unserer Grenzen bestimmt. Ein solches Instrument der Notwehr bedroht niemanden und gefährdet den Frieden nicht. Es ist daher purer Unsinn, ihm aggressiven Charakter anzudichten, wie es etwa die Jungsozialisten tun. Eine Abschaffung dieser Armee würde nicht dem Frieden dienen, sondern im Gegenteil die Kriegsgefahr erhöhen, weil dann mitten in Europa ein militärisches Vakuum entstünde, welches gewaltsame Uebergriffe geradezu herausfordern müsste. Sie würde zudem die Preisgabe der Neutralitätspolitik bedeuten. Neutralität ist nur dann praktisch wirksam, wenn der Neutrale sein Territorium zu behaupten vermag.

Es gibt keine taugliche Alternative zum heutigen Konzept der

Landesverteidigung. Weder der blosse Kleinkrieg noch der lediglich passive Widerstand üben auf einen möglichen Angreifer eine nennenswerte Abhaltewirkung aus. Militärische Verteidigung als letztes Mittel zur Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit ist daher unerlässlich. Sie ist unter den heutigen Bedingungen auch moralisch richtig. Wir wissen, welches Schicksal der Bevölkerung eines besetzten oder sonstwie fremd-beherrschten Landes wartet und wie in solchen Ländern Menschenrechte und Menschenwürde missachtet werden. Wahrung des Friedens in Freiheit bedeutet daher gleichzeitig Schutz von Menschenrechten und Menschenwürde. Wir dürfen also mit Ueberzeugung zu unserer Landesverteidigung stehen und haben keinerlei Grund, uns von der Friedensbewegung ein schlechtes Gewissen einreden zu lassen.

Vorzeitige Resignation unangebracht

Gegenüber nuklearer Bedrohung können wir uns bloss passiv schützen. Es gibt aber keineswegs nur das Risiko des Nuklearkrieges. Offensichtlich sind konventionelle Kriege unter der Nuklearschwelle weiterhin möglich. Die atomare Gefahr kann also nicht dazu führen, auf eine konventionelle Verteidigung zu verzichten. Das gilt um so mehr, als ein Angriff mit Nuklearwaffen gegen unser Land eher unwahrscheinlich ist und ohnehin zu einer Ausweitung des Konfliktes führen müsste. Nuklearwaffen sind heute vor allem politische Waffen. Sie sollen Angst erzeugen und den Widerstandswillen aushöhlen. Eine vorweggenommene Entscheidung, der Erhaltung des Friedens alles andere unterzuordnen, käme einer Einladung an einen möglichen Angreifer gleich, seinen Druck bis zur Kapitulationsreife zu steigern. Resignation zum voraus nähme uns die Chance, den Frieden in Freiheit zu wahren.

Politische Mittel zur Friedenssicherung

Militärische Friedenssicherung ist vorerst zwar unerlässlich. Aber sie genügt nicht. Friede im Sinne eines stabilen Ausgleichs kann nur mit politischen Mitteln allmählich erarbeitet werden. Auch der Kleinstaat ist zur Mitwirkung verpflichtet, wobei er sich freilich seiner begrenzten Möglichkeiten bewusst bleiben muss. Eine Politik des kleinen Gernegross führt zu nichts. Einen ersten Beitrag zum Frieden leistet die Schweiz mit ihrer Neutralität. Diese bedeutet unter anderem Verzicht auf

Expansion und ist so von vornherein Friedenspolitik. Neutralität schafft zudem eine Zone der Stabilität, welche für alle Interessierten eine berechenbare Grösse bildet. Wenn es gelänge, einzelne Staaten aus dem Lager der Blockfreien zu echter Neutralität zu bewegen, könnte dieser Stabilisierungseffekt ausgeweitet werden.

Für offensive Friedensarbeit

Neutralität darf aber nicht nur defensiv oder gar passiv verstanden werden. Zur Staatsaufgabe gehört auch die offensive Friedensarbeit. Wir nehmen an internationalen Konferenzen und Organisationen, beispielsweise an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, teil und bemühen uns gemeinsam mit Gleichgesinnten langfristig um sachliche und gerechte Lösungen. Mit der Entwicklungspolitik und der Teilnahme am Nord-Süd-Dialog trägt die Schweiz zum Abbau von Spannungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bei. Zugleich übt sie Solidarität mit den westlichen Industrienationen, welche gemeinsam die Träger dieser Politik sind. Auch wenn wir wegen fehlenden Eigen gewichts in der Regel nicht in der Lage sind, in akuten Konflikten politisch zu vermitteln, so können wir doch unsere technischen Guten Dienste zur Verfügung stellen, sei es die Herstellung von Verbindungen zwischen Gegnern oder die Mitwirkung an Ueberwachungs- und Kontrollorganen.

Abrüstung ja — aber nicht einseitig

Unser Land soll sich auch für die Abrüstung einsetzen. Abrüstung darf jedoch nicht einseitig sein. Einseitige Abrüstung würde die militärische Friedenssicherung unwirksam machen und damit jener Politik den Boden entziehen, die bisher Westeuropa und auch uns selber den Frieden gesichert hat. Die Schweiz ist infolge ihrer Lage in Westeuropa vital an der nationalen Unabhängigkeit der westeuropäischen Staaten interessiert. Sie muss daher alles vermeiden, was dieser Unabhängigkeit schaden könnte.

Eine Verzögerung

hat — aus technischen Gründen — die Auslieferung der «Politischen Rundschau» mit den freisinnigen Friedensthesen sowie Beiträgen zur Friedensdiskussion erfahren. Dieses Sonderheft gelangt jedoch nun in den nächsten Tagen zum Versand. Wir danken für das Verständnis.

Frieden in Europa — Illusion und Wirklichkeit

Unter diesem Titel führte die FDP der Schweiz in diesem Frühjahr eine Arbeitstagung auf dem Gurten durch. Die damaligen Referate, ergänzt durch Stellungnahmen von Persönlichkeiten, die der Friedensbewegung nahestehen, sowie den FDP-Thesen zur Friedenspolitik wurden in einem Heft der «Politischen Rundschau» publiziert. Dieses kann mit dem nachstehenden Talon bestellt werden.

Bitte senden Sie mir Exemplare der «Politischen Rundschau»: Frieden in Europa — Illusion und Wirklichkeit. Der Preis pro Exemplar beträgt fünf Franken; den entsprechenden Betrag werde ich nach Erhalt der Hefte mit dem beigelegten Einzahlungsschein überweisen.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Wohnort

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern



Lieber Leser

War die Ablehnung des neuen Ausländergesetzes beim eidgenössischen Urnengang vom 6. Juni auch eine Niederlage der Parteien? Haben diese, die praktisch unisono Ja-Empfehlungen beschlossen, am Bürger vorbeipolitisiert? Kennen sie die tatsächlichen Anliegen der Stimmberechtigten nicht oder nicht mehr? Fragen über Fragen. Ihnen wäre vorerst entgegenzustellen, dass am gleichen Wochenende der Souverän überaus deutlich die zweite Abstimmungsvorlage — die Revision des Abschnittes Gewaltverbrechen im Strafgesetzbuch — gutgeheissen hat. Hier hatten sich zumindest die bürgerlichen Parteien klar dafür ausgesprochen. So heben sich für sie Gewinn und Niederlage auf. — Dennoch, die Rolle der Parteien in einer gewandelten Gesellschaft steht zur Diskussion. «Der Freisinn» will diese in kommenden Ausgaben führen.

Doch was bringt der vorliegende «Freisinn»?

● Das Schwergewicht liegt auf den 40 Thesen der FDP zur schweizerischen Friedenspolitik, die vor kurzem der Presse vorgestellt wurden. Damit ist die FDP einem Versprechen nachgekommen, das sie an der gut besuchten Arbeitstagung Anfangs Februar auf dem Berner Gurten zum Thema «Frieden in Europa — Illusion und Wirklichkeit» abgegeben hat. Parteipräsident Richter erläutert auf Seite 1, weshalb es zu diesen Thesen gekommen ist, und zeigt auf, worin die Gründe liegen, die zur Neuentfaltung der Friedensdiskussion führten. Nationalrat Friedrich stellt auf Seite 3 die Friedensthesen vor, die in Heft 2/82 der «Politischen Rundschau» — zusammen mit weiteren Aufsätzen zur Friedensdiskussion — publiziert werden.

● In der Diskussion um den Falkland-Konflikt kam die globale Bedeutung dieser Auseinandersetzung wenig zur Geltung. Ueberlegungen dazu hat Urs Schöttli, Generalsekretär der Liberalen Weltunion, angestellt (Seite 7). Seine Betrachtung verdient um so mehr Aufmerksamkeit, als sich der Autor vor kurzem in Südamerika aufgehalten hat und seine Institution ihren Sitz in London hat.

● Ueber die Entwicklung der Lage in der Südwestecke Europas berichtet auf Seite 8 der Portugal-Kenner Jacques Baumgartner.

● Dass die freisinnigen Bundesparlamentarier trotz der Hektik des Ratsbetriebes wenigstens einmal im Jahre Gelegenheit haben, der Geselligkeit zu frönen, zeigt eine Bildreportage auf Seite 5.

A. Bensch

Was vielerorts nur einmal pro Woche stattfindet, gib'ts bei uns in Volketswil täglich:

Abendverkauf bis 20 Uhr

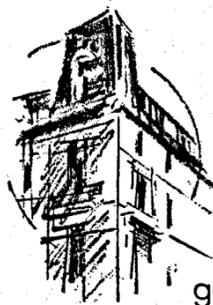
Von Montag bis Freitag durchgehend von 10 bis 20 Uhr geöffnet, am Samstag von 8 bis 16 Uhr.



Möbelzentrum des Handwerks

Volketswil: Autobahnausfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Waro, Tel. 01-945 55 81

Zürich: Uraniastrasse 28, vis-à-vis Parkhaus Jelmolli, Tel. 01-211 79 47



Universalbank
gegründet 1897

Wir sind eine Bank, die mit den Märkten und in den Märkten der ganzen Welt arbeitet: Börsengeschäfte, (Sitz an der Zürcher Börse), Anlageberatung und Vermögensverwaltung, Kreditgeschäfte, Devisenhandel, Akkreditive.

BANK HOFMANN AG
ZÜRICH

Talstrasse 27
Telefon 01/211 57 60

Coupon einsenden an Bank Hofmann AG, Postfach, 8022 Zürich

Bitte senden Sie mir weitere Unterlagen über Ihre Bank.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Fortsetzung von Seite 1

drohungsvorstellungen abnehmen, wächst die Angst vor dem Misstrauen militärischer Macht für politische Zwecke. Trotz den andauernden Versuchen, die «Entspannung» zu retten, macht sie mehr und mehr einer ernsten Krise Platz.

In der Friedensdiskussion wird jedoch häufig die nicht wegzudiskutierende Tatsache missachtet, dass die Aufrechterhaltung eines militärischen Gleichgewichts in Europa diesem Kontinent seit bald 40 Jahren einen offenen Krieg erspart hat. Man misstraut offensichtlich in gewissen Kreisen der Logik, dass nur aus einer Position des Gleichgewichts heraus fruchtbare Abrüstungsverhandlungen geführt werden können. Wer den atomaren Albtraum, die Armee, die Landesverteidigung nur einseitig wegemonstrieren will, verkennt diese Umstände ebenso wie die Tatsache, dass bis heute kein Krieg durch mangelnde Verteidigungsbereitschaft verhindert wurde, sondern im Gegenteil pazifistische Strömungen auf einer Seite nur die Aggressionsgelüste der anderen verstärkten.

Breites Umfeld der Friedens-«Bewegung»

Dazu kommt, dass sich im Umfeld der Friedens-«Bewegung» nicht nur ehrlich Besorgte einfin-

Kein eidgenössischer Urnengang

am Wochenende des 25./26. September. Dies beschloss der Bundesrat, der den Urnengang über das gegenwärtig einzige abstimmungsreife Geschäft — die Preisüberwachungsinitiative sowie den Gegenvorschlag des Parlamentes dazu — auf den 28. November ansetzte.

den: ihre Friedenssorge, ein Anliegen, das im übrigen wohl alle teilen, erschöpft sich nicht im Protest gegen Kriegsgefahren; ihr Streben ist keineswegs auf Kriegsverhinderung begrenzt; ihre Friedenspostulate sind mit anderen vermischt — ökologischen, entwicklungspolitischen, sozialen, gesellschaftspolitischen. Für Teile von ihnen ist zudem die Friedens-«Bewegung» ein Mittel zur Umgestaltung der Staatsordnung.

Zu wenig wird auch zur Kenntnis genommen, dass der Ruf nach dem Frieden «um jeden Preis» und der Bereitschaft, sich bedingungslos zu unterwerfen, um der atomaren Bedrohung zu entgehen, einseitig den Westen schwächt und vor allem dem Osten zugute kommt und damit unterschiedliche Ausgangspositionen für wirksame Abrüstungsgespräche schafft.

Was bleibt aus schweizerischer Sicht zu tun? Anlass zu Resigna-

tion besteht nicht, so bedrängend die Lage auch sein mag, so ungewiss die Chancen von glaubwürdigen Spannungsbemühungen auch sind. Angst und Ratlosigkeit waren zu allen Zeiten schlechte Ratgeber. Es besteht kein Grund zu Panik. So sarkastisch es tönen mag, so militärpolitisch real ist es: der Atomkrieg bedroht alle; das weiss der Westen, und das weiss der Osten.

Unsere Partei hat die Diskussion mit der Friedens-«Bewegung» gesucht und Anfang Februar dieses Jahres an einer Arbeitstagung auf dem Gurten unter dem Titel «Frieden in Europa — Illusion und Wirklichkeit» durchgeführt. Damals gaben wir die Zusicherung ab, dass wir die Referate sowie die Ergebnisse der Diskussion in Arbeitsgruppen zu Thesen zur schweizerischen Friedenspolitik ausarbeiten wollen. Eine kleine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich hat diese Thesen, die von der Geschäftsleitung der Partei gutgeheissen wurden, ausgearbeitet. Sie sind in der «Politischen Rundschau» Nummer 2/82 publiziert worden. (Bestellatalon auf Seite 3.)

Frieden, Freiheit, Freisinn

Nach unserer Auffassung können wir den Frieden sichern durch die Landesverteidigung sowie mit politischen Mitteln. Für uns Freisinnige kann es aber keinen Frieden um jeden Preis geben, sondern nur einen Frieden in Freiheit und das ungeschmälerte Recht, unsere Geschicke selbst zu bestimmen. Ein Friede ohne Freiheit ist für uns kein Friede. Zu ihm böten wir nicht Hand. Wir sind aber bereit, unseren Teil als Liberale zur Friedenssicherung zu leisten, da die Erhaltung des Friedens in Freiheit unter Anerkennung der Menschenrechte und Menschenwürde ein ureigenstes liberales Anliegen ist.

Liberaler Weltunion

Der diesjährige Kongress der Liberalen Weltunion, der Vereinigung liberaler Parteien, der auch die FDP der Schweiz angehört, findet vom 9. bis zum 12. September in Den Haag statt. Parteimitglieder, die sich für eine Teilnahme interessieren, sind gebeten, sich mit dem Generalsekretariat der Partei in Verbindung zu setzen (Tel. 031/22 34 38).

Stellungnahme der FDP-Studiengruppe für Medienpolitik

Rundfunkverordnung und SRG-Gebührenerhöhung

Bedauern gegenüber der angekündigten SRG-Gebührenerhöhung in diesem Ausmass, Zustimmung mit Vorbehalten zur neuen Rundfunkverordnung, Bedenken gegenüber dem in Ausarbeitung befindlichen neuen Gesamtarbeitsvertrag bei der SRG — dies sind Ergebnisse einer Aussprache zu aktuellen medienpolitischen Fragen in der Studiengruppe für Medienpolitik der FDP.

Das von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) geleitete Gremium liess sich eingangs durch Dr. Fritz Mühlemann, Generalsekretär EVED, über die jüngsten Entscheide der Landesregierung im Bereiche der elektronischen Medien informieren, der darauf hinwies, dass es nach Vorliegen der Medien-Gesamtkonzeption kein Alibi mehr gibt, um hängige medienpolitische Entscheide weiter hinauszuzögern.

Ueberrissene SRG-Gebührenrunde

Kritisch gewürdigt wurde von der Studiengruppe die Erhöhung der SRG-Gebühren. Obwohl für sie ein Nachholbedarf ausgewiesen ist und sie deshalb der vorzeitigen Inkraftsetzung aus betriebswirtschaftlichen Gründen positiv gegenübersteht, erachtete sie das vom Bundesrat beschlossene Ausmass, das praktisch jenem von der SRG angebehrten entspricht, als zu hoch. Mit Erstaunen hat sie auch davon Kenntnis genommen, dass der zuständige Departementschef bereits von einer neuen Gebührenrunde gesprochen hat. Ihrer Genugtuung darüber gab sie Ausdruck, dass die Landesregierung die von der SRG geforderte Indexierung der Konzessionsgebühren abgelehnt hat.

Sollte der Bundesrat bei der Ueberprüfung der Finanzierung von Schweizer Radio International zum Schluss kommen, davon die SRG zu entlasten, so wäre dies nach Ansicht der freisinnigen Studiengruppe bei der nächsten Gebührenanpassung entsprechend in Rechnung zu stellen. Insbesondere erwartet sie aber, dass die der SRG nun zugehenden zusätzlichen Mittel nicht für die Weiterführung ihrer Vorwärtsstrategie eingesetzt werden, ebensowenig für die Finanzierung von Tätigkeiten im Lokalbereich,

sondern zur Konsolidierung und Verbesserung der bisherigen Programmleistungen.

Ja, aber zur Rundfunkordnung

Weitgehend positive Aufnahme fand im freisinnigen Gremium die Rundfunkverordnung, auch wenn bemängelt wurde, dass diese — was sowohl die zeitliche Dauer der Werbung wie auch die geographische Ausdehnung anbelangt — zu eng ausgefallen ist. Positiv werte es, dass den Anliegen der Presse ebenso Rechnung getragen wurde, wie mit dem Verbot der Fernsehwerbung im Lokalbereich der SRG deren finanzieller Rückhalt gesichert bleibt. Bei der Zuteilung von Konzessionen hofft es, dass neue Monopole vermieden echte Konkurrenzsituationen geschaffen werden, die auch eine Auswertung der Versuche erlauben.

Im weiteren nahm die Studiengruppe mit Besorgnis von der Entwicklung bei der Ausarbeitung eines neuen Gesamtarbeitsvertrages bei der SRG Kenntnis. Sie erwartet, dass entweder eine Regelung auf Grund privatrechtlicher Vereinbarungen oder gemäss Beamtenstatut mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen getroffen wird.

Keine a. o. DV am 28. August

Die FDP der Schweiz verzichtet auf die gemäss Jahresterminkalender vorgesehene ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 28. August, da weder Abstimmungsparolen zu fassen noch andere Geschäfte anhängig sind. Die nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung findet somit Samstag, 30. Oktober, statt.

Freisinnige Frauen für Fristenlösung

Jedoch gegen neue Initiative im jetzigen Zeitpunkt

«Die Schweizerische Vereinigung der freisinnigen Frauengruppe (SVFF) unterstützt nach wie vor die Fristenlösung. Sie erachtet jedoch die Lancierung einer neuen Initiative im heutigen Zeitpunkt nicht als opportun. Sie überlässt es jedoch den einzelnen Mitgliedern und Gruppen, die Vorbereitung zu einer neuen Initiative zu unterstützen.» Diesen Entscheid trafen die über hundert Delegierten der SVFF an der jüngsten Versammlung in Genf mit deutlicher Mehrheit und nach einer einlässlichen Diskussion, in welcher ebenfalls Antrag auf Unterstützung des gegenwärtig sich in Ausarbeitung befindenden neuen Volksbegehrens gestellt wurde. Unbestritten blieb, dass an der Fristenlösung festzuhalten ist. Ein neuer Vorstoss im jetzigen Zeitpunkt würde jedoch Anhänger der Initiative «Recht auf Leben», die abzu-

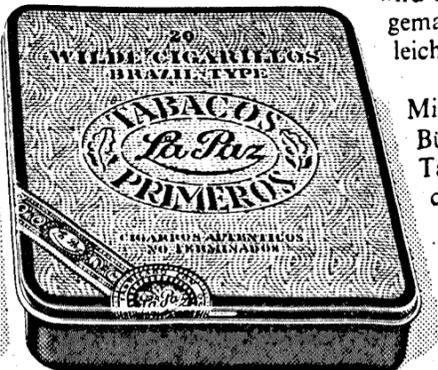
lehnen ist, mobilisieren. In der Aussprache wurde zudem die Anregung gemacht, den Weg der Gesetzesnovelle einzuschlagen.

Die Delegiertenversammlung der SVFF, an der auch der Präsident der FDP der Schweiz, Yann Richter, teilnahm, stand unter dem Vorsitz von Ira Stamm, St. Gallen. Sie genehmigte eine Statutenrevision, die der Vereinigung nun die Rechtsform eines Vereins nach Obligationenrecht gibt sowie eine Erweiterung des Vororts durch je eine Repräsentantin der vier Sprachregionen vorsieht. Ueber die von der Stadt Genf verfolgte Jugendpolitik liessen sich die SVFF-Delegierten durch den freisinnigen Stadtrat Guy-Olivier Ségond informieren, während der freisinnige Staatsrat Robert Ducret über Probleme und Aufgaben des Kantons Genf orientierte.

Wilde Brazil aus echtem Brasil.



10 Stück/Fr. 6.-



20 Stück/Fr. 8.-

Nicht jede dunkle Cigarre ist eine echte Brasil. Denn nicht jede «Brasil» wird aus echten Brasil-Tabaken mit einem makellosen Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Darum hat auch nicht jede «Brasil» den tropisch warmen Duft mit dem leicht süsslichen Aroma der echten Brasil-Cigarre.

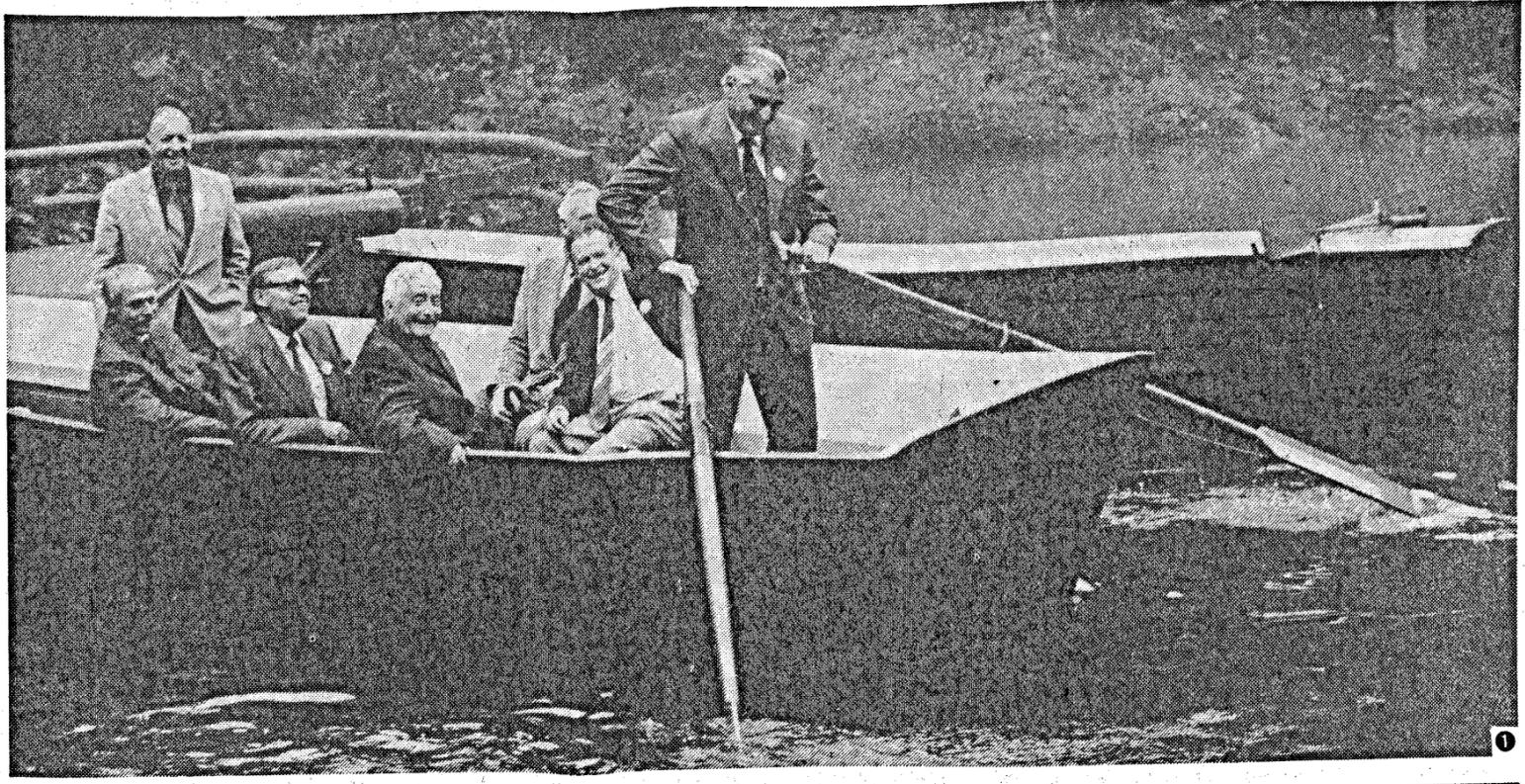
La Paz macht die Brasil so, wie eine Brasil sein soll: Aus Brasil-Tabaken. Mit eigenem Charakter; mild, aber voll im Geschmack. Mit dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. Aus sorgfältig ausgewählten Tabaken der besten Provenienzen. In Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Aromas entwickelt. Und ohne Retusche.

La Paz Wilde Brazil werden mit Behutsamkeit und traditioneller Fachkenntnis hergestellt. So, wie es sich gehört. Brasil-Raucher schätzen das.

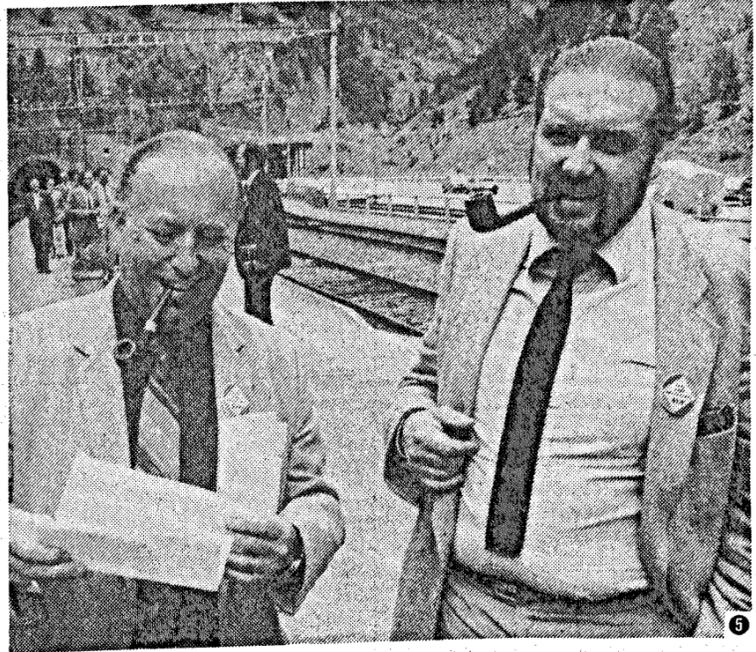
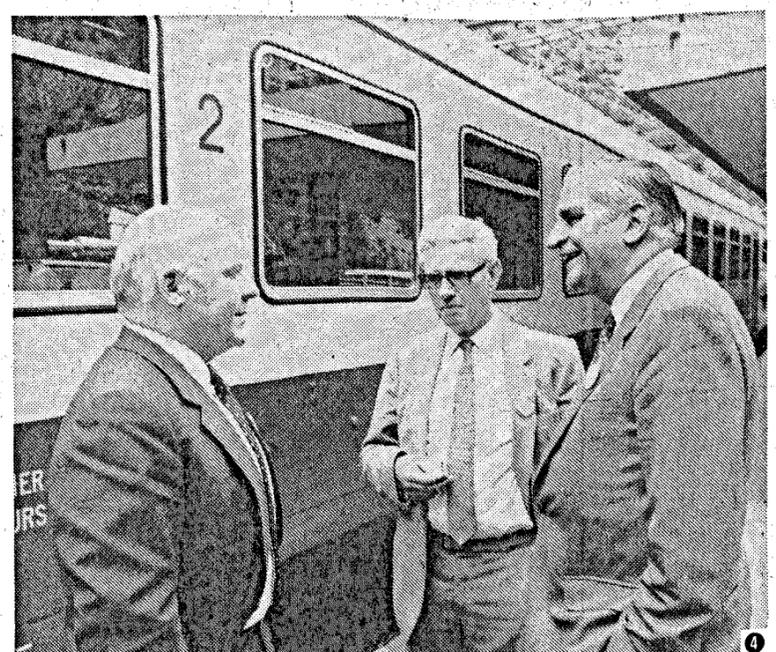


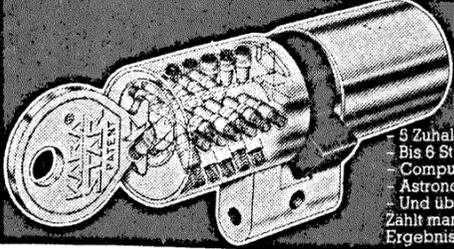
Cigarras Autenticas.

Ihren traditionellen Ausflug während der Sommer-session verband die freisinnige demokratische Fraktion der Bundesversammlung mit einer Besichtigung der Ausplon-Bahn (BLS) auf Doppelspur. Ueber dieses Werk, das insbesondere auf der Lötchbergstrasse in schwierigem topographischem Gelände und zum Teil schwer zugänglichen Baustellen realisiert werden muss, orientierte Otto Käppeli, Dipl. Ing. ETH, stv. Direktor der BLS. Für den durchgehenden Ausbau der Lötchberglinie zwischen Thun und Brig auf Doppelspur stellten die eidgenössischen Räte 1976 dem Unternehmen einen Baukredit in der Höhe von 620 Mio. Franken zur Verfügung. Bis Ende Mai dieses Jahres beliefen sich die Baukosten auf 140 Mio. Franken, wovon die BLS aus selbst erarbeiteten Mitteln einen Drittel beisteuerte. Der Kostenvoranschlag konnte bis-her eingehalten werden; auch für die noch geschlossenen Arbeiten, die Ende 1988 abzuwickeln sein sollen, wird nicht mit einem wesentlichen Ueberschreitung des Budgets gerechnet. In Ausserberg konnte Nationalrat Jean-Cevey (VD) eine grosse Schar von Bundesfreunden begrüßen; an ihrer Spitze Bundespräsident Dr. Fritz Honegger, Staatspräsident Yann Richter sowie die Staatssekretäre Dr. Paul Jolles und Dr. Raymond Probst. Die Grüsse der FDP Oberwallis überbrachte deren Präsident, Dr. Anton Bellwald (Brig), der darauf hinwies, dass es der Schweiz in der kurzen Zeit seit ihrer Gründung gelungen sei, Fuss zu fassen und beachtliche Wahlerfolge auf Gemeinde-, Kantons- und eidgenössischer Ebene zu erzielen. Abgeschlossen wurde der Fraktionsausflug mit einem Nachtessen am Blausee.



Unsere Bilder (Photo ruti):
 1. Etwas Mühe beim Rudern bekundet Bundespräsident Honegger; seine Passagiere sehen der weiteren Entwicklung jedoch offensichtlich unbeschwert entgegen: Nationalrat Friedrich; Nationalrat Engler; Vizepräsident der grossen Kammer; Bundespräsident Cevey; Ständerat Hänsli; Staatssekretär Jolles; Fraktionspräsident Nationalrat Cevey; Bundespräsident Honegger; Bundespräsident Richter, Nationalrat Engler, Zwischen Ausserberg und Blausee-Mitteln (Mit-) Lokomotivführer. 2. Da kann's Nationalrat Bremi, seinerzeitiger Präsident der Kommission der grossen Kammer für den Leistungsauftrag der SBB; Dipl. Ing. ETH Otto Käppeli, stv. Direktor der BLS; Bundespräsident Honegger. 3. Generalsekretär Leuenberger im Gespräch mit Balz. 4. Der Schweizerische Parteipräsident, Yann Richter, und der Präsident der FDP Oberwallis, Dr. Anton Bellwald. 5. Der Begrüssung der stattlichen Teilnehmerzahl. 6. Zaungäste im wahrsten Sinne des Wortes (v. l. n. r.) die Nationalräte Nef (SO), Auer (BL), Aregger (LU) und Stucky (ZG).





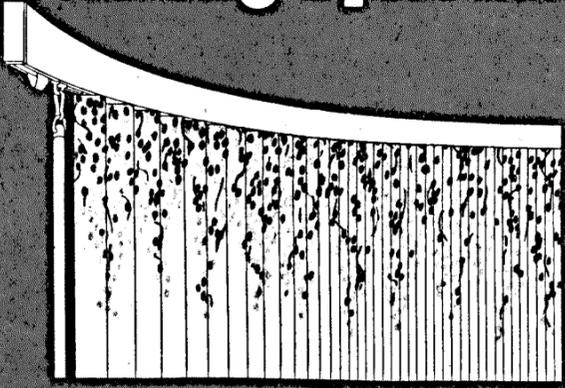
KABA STAR
Das Schliesssystem
mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zuhaltungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Fräsungen in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.

Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

BAUER KABA AG Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481

SilentGliss für Vorhang-Systeme



VonDach + Co SilentGliss
Von Dach+Co, 3250 Lyss, Tel. 032 84 27 42

Sommerzeit = Wanderzeit



CHÄSERRUGGBAHN
UNTERWASSER OBERTOEGGENBURG

ILTIOSBAHN und
LUFTSEILBAHN
Chäserrugg
UNTERWASSER

Gipfelrestaurant auf 2262 m ü. M.

Fahrplan täglich bis 24. Oktober
Prospekte und Auskünfte Tel. (074) 5 22 28
Bergbahnen Unterwasser, 9657 Unterwasser

FIFDP35416

PIZOL

Pizolhütte, 2227 m ü. M.
Im Sommer und Winter

Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende
Herrliche 5-Seen-Wanderung

Für den Winter – für Skiferien und Sporttage

Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Könner.
Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.
Touristenlager für 80 Personen.
Wir laden Sie herzlich ein. Familie Peter Kirchhof,
7323 Wangs-Pizol Telefon (085) 2 14 56/2 33 58



Spross

Ga-La-Bau
Garten- und Landschaftsbau
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Zürich 01-35 45 55

In Ihrem Auftrag vermitteln und verkaufen wir Liegenschaften.

Spaltenstein LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00

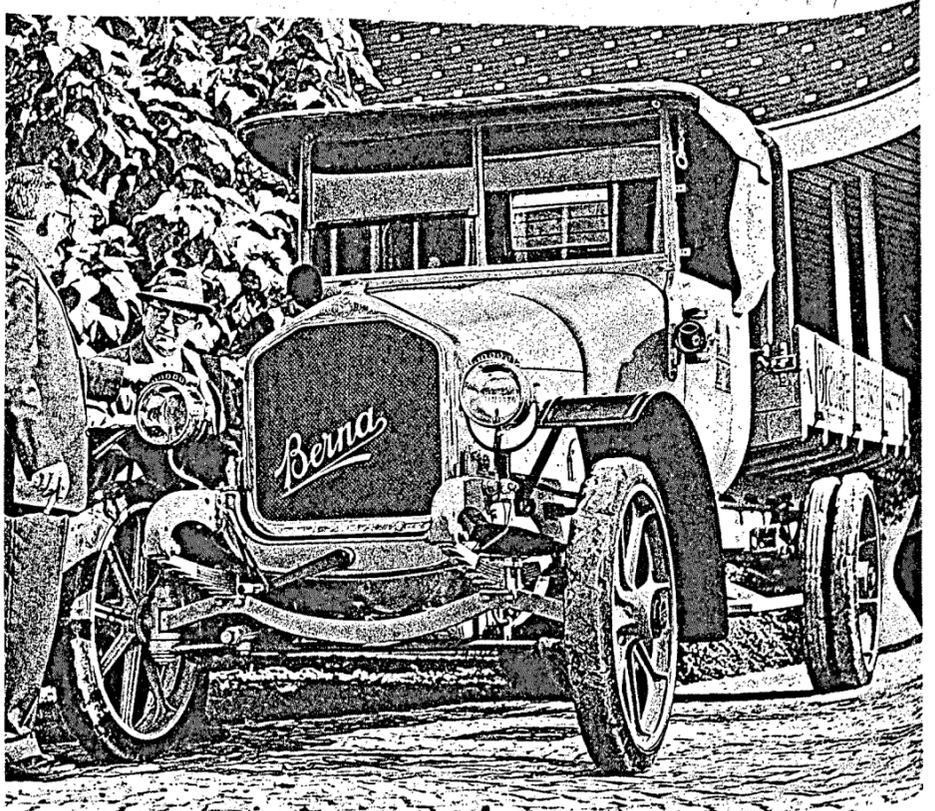


SCHULER-WEINE
St. Jakobskellererel SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Wir bejahen den Fortschritt und gute Traditionen.

Aber wir verneinen üble Gewohnheiten.

Ideen, Köpfe, beherzte Taten: **FDP**



Berna 1914, 35 PS, 30 km/h.

Manchmal geht es um 100 000 Dichtungen aus Kautschuk und um einen heissen Termin. Und dann wieder um vier Schwingelemente für einen heissen Oldtimer-Motor. Bei Gummi Maag geht fast alles.

Die internationale Arbeitsteilung bringt es mit sich, dass sich technische Teile gleichen wie ein Ei dem anderen. Aber was unsere Kunden brauchen, sind massgeschneiderte Lösungen. Denn sie machen die besondere Leistung unserer Wirtschaft aus.

Deshalb vulkanisieren wir rohe Mischungen in Formen, die wir – oft über Nacht – selbst bauen. Deshalb wird in unseren Werkstätten vor allem aus Gummi- und Kunststoff-Standard-

teilen das produziert, was Sie gerade brauchen. Nach Ihrer Skizze oder Zeichnung. Nach gemeinsamer Erarbeitung. Mit allen einschlägigen Verarbeitungsverfahren. Und deshalb legen wir ganze Hydraulikanlagen aus, bauen die Aggregate, fertigen die dazu nötigen Leitungen, montieren die Zentralschmieranlagen. Für Prototypen, für Null- oder Produktionsserien. Auch wenn's pressiert. Und wenn Sie einmal ein Spezialteil für

einen Oldtimer oder ein anderes Hobby brauchen, dann nehmen wir uns auch dafür Zeit.

Ihre technischen Teile-Probleme möchten wir lösen. Gummi Maag

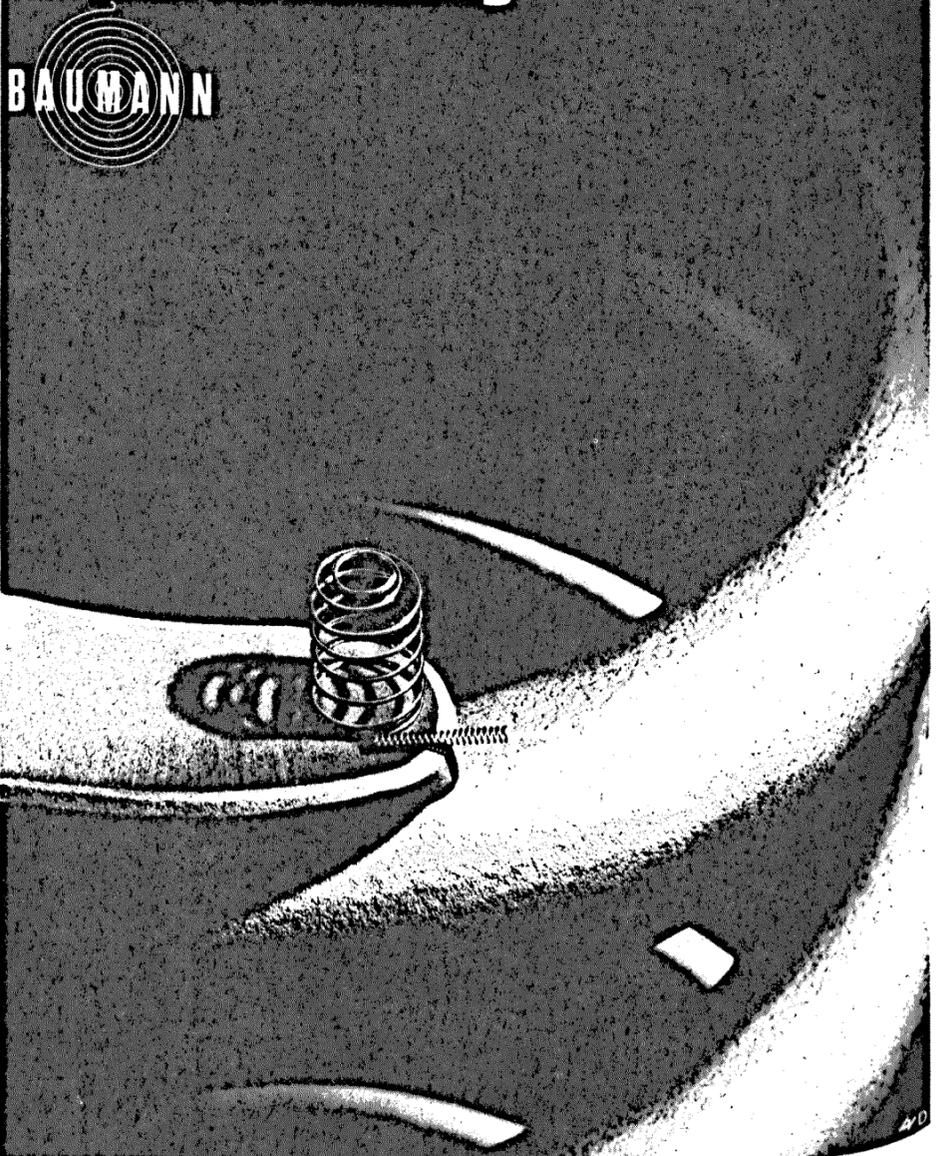


Gummi Kunststoffe Dichtungstechnik
Antriebstechnik Oelhydraulik
Zentralschmierung Arbeitsschutz

Gummi Maag AG, CH-8600 Dübendorf 1, (01) 821 31 31 – Ecublens – Bern-Wabern – Basel – St. Gallen-Neudorf

FEDERN
in jeder Grösse für Jede Verwendung

Baumann & Cie. AG
8630 Rüti/Zürich, Schweiz
Telefon: (055) 86 12 12



Nach dem Falkland-Konflikt:

Neue Europa-Initiative in Lateinamerika?

Seit Beginn des Konflikts um die Falkland-Inseln ist offensichtlich, dass der Krieg im Südatlantik kurz- und mittelfristig politische und wirtschaftliche Folgen zeitigen wird, die weit über die beiden direkt involvierten Staaten hinausgehen. Die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen insgesamt müssen einer Neubewertung unterzogen werden. Urs Schöttli, Generalsekretär der Liberalen Weltunion, hat sich Gedanken gemacht zu den Herausforderungen, mit denen sich auch unser Land konfrontiert sehen wird.

Als Nichtmitglied des Nordatlantik-Pakts oder der Europäischen Gemeinschaften war unser Land nicht aufgerufen, sich am Wirtschaftsbölkott gegen Argentinien zu beteiligen. Auch die Uno-Resolution Nummer 502, die, wäre die Schweiz bereits Mitglied der Vereinten Nationen, ohne Vertik hätte unterstützt werden können, ruft nicht nach wirtschaftlichen Sanktionen. Das Waffenexportverbot gegen beide kriegführenden Staaten erfolgte aus eigenem Antrieb und in Uebereinstimmung mit der auch in anderen Konflikten geübten Politik. Mit der Vertretung Grossbritanniens in Buenos Aires hat die Schweiz ein weiteres Mal die Nützlichkeit ihrer Politik der Guten Dienste unter Beweis gestellt.

Vier globale Perspektiven

Eine Beurteilung der künftigen Beziehungen zwischen Westeuropa und Lateinamerika muss vier globale Perspektiven berücksichtigen. Bislang hat Argentinien den Verlust amerikanischer Unterstützung weder in der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) noch in der Bewegung der Blockfreien wirksam wettmachen können. In beiden Organen fan die Argentinier zwar wortreiche moralische Rückenstärkung, doch konkrete Hilfsangebote blieben bis heute fast völlig aus. Die Solidarität mit anderen lateinamerikanischen Staaten mag in den kommenden Monaten sich vertiefen, in der übrigen Dritten Welt kann Argentinien indessen kaum auf mehr denn Verbalattakken gegen die USA und die Briten hoffen.

Die «brüderliche» Umarmung der sich bis vor kurzem bitter bekämpfenden Castro und Costa Mendez, Argentinien's Ausenminister, darf nicht als ideologischer Kurswechsel des Militärregimes in Buenos Aires interpretiert werden. Dennoch, ein deutliches Warnzeichen an die Adresse Washingtons sind solche Gesten Staaten und einer ganzen Reihe lateinamerikanischer Staaten bezeugt schon seit einiger Zeit — und nicht erst seit der Amtübernahme durch Präsident Reagan — ein beträchtliches Konfliktpotential. Dieses lässt sich primär auf den folgenden drei Ebenen ermitteln: als Folge des gewachsenen Selbstbewusstseins regionaler Mittelmächte wie Mexiko und Brasilien; als Folge gegenwärtiger oder für die nächste Zukunft absehbarer ideologischer Konflikte wie in Zentralamerika, in der Ka-

ribik oder in Chile; und schliesslich als Folge eines regenerierten Nationalismus wie in Venezuela, Peru oder Kolumbien. Der Falkland-Krieg, der viele Lateinamerikaner in ihrem Glauben bestärkt hat, dass die kulturellen, politischen und militärischen Bindungen der Vereinten Staaten zu Westeuropa im Ernstfall stets viel stärker sind als jene zu Lateinamerika, könnte somit als Anlass zur Wiederbelebung zahlreicher Animositäten zwischen Nord- und Südamerika dienen.

Neue Optionen für die Sowjetunion

Das dritte globale Element umfasst den sowjetischen Einfluss in Lateinamerika. Die UdSSR hat bislang ihre Karten im Falkland-Konflikt äusserst geschickt gespielt. Obschon der Westen selbst den Aktionsradius der Sowjets in Lateinamerika erheblich erweitert hat, wäre es gefährlich, die hohe Schule der russischen Diplomatie zu unterschätzen. Der Kreml hat im Sicherheitsrat gegen Resolution 502 nicht das erwartete Veto eingelegt, wohlwissend, dass angesichts der Intransigenz beider Konfliktparteien eine baldige Feuereinstellung nicht absehbar war. Immerhin, die UdSSR hat sich damit vom Konfliktbeginn an vom Vorwurf freigemacht, Aggression gutzuheissen.

Die Zurückhaltung der Sowjetunion im Konflikt lässt sich dadurch erklären, dass der Kreml an der Bindung und Vernichtung von militärischem Potential auf beiden Seiten ein strategisches Interesse hat. Wesentlich wichtiger noch als die kurzfristige Bindung britischer Nato-Verbände im Südatlantik mag ihr dabei die Wirkung, welche der Seekrieg auf die künftige britische Verteidigungspolitik haben wird, erschienen sein. Das atomare Nachrüstungs- und Erneuerungsprogramm der Regierung Thatcher, das weitgehend auf Kosten der konventionellen Marine hätte vorangetrieben werden sollen, wird zweifellos erhebliche Abstriche erfahren, und zwar, da es weder von SALT noch START direkt erfasst wird, ohne sowjetische Gegenleistung.

Das Fehlen jeder konkreten Hilfe an die Militärs in Buenos Aires reflektiert die wohl zutreffende Analyse der UdSSR von der äussersten Instabilität der gegenwärtigen Regierung. Wer auch immer an der Macht ist, sei es eine demokratisch gewählte Zivilregierung oder ein nationalistisches Militärkabinett, wird ausserpolitisch zwei Hauptziele zu verfolgen haben, die Rückgewin-

OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Muss-Emlen, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaine des Rôtisseurs

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Department

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot Whirl Pool · Sauna · Fitness
Grosser Parkplatz

ASH ★★★★★
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE

Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 — restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie — Café — Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften

Gasthof
Hirschen

Traditionelles Restaurant
in idyllischer Landschaft.
Schloss Arenenberg mit
Napoleon-Museum. Jedes
Zimmer mit Blick auf
den Untersee. Gepflegte
Küche für spezielle
Fleisch- und Fisch-
gerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 64 16 44
(Dienstag geschlossen)

nung der Malvinas und die Distanzierung von den USA.

Der wirtschaftliche Aspekt

Auf dem Kontinent gehen dadurch die Vereinten Staaten ihres wichtigsten Militärpartners zur Bekämpfung von Guerrilla-Bewegungen verlustig. Nachdem sich sowohl Kuba als auch Nicaragua klar auf die Seite Argentinien geschlagen haben, hat der Abzug argentinischer «Militärberater» aus verschiedenen zentral-amerikanischen Staaten bereits begonnen. Offensichtlich haben die letzten Wochen der Sowjetunion und dem Warschauerpakt insgesamt zahlreiche neue Möglichkeiten des offenen und verdeckten Engagements in Lateinamerika geschaffen. Die Chancen Westeuropas, und dies betrifft nun die vierte globale Perspektive des Falkland-Konflikts, liegen darin, dass der Comecon kurz- und mittelfristig nicht in der Lage ist, politische Erfolge mit militärisch-ökonomischen Verpflichtungen zu konsolidieren. Auch nach dem Abflauen des Krieges im Südatlantik werden die Vereinten Staaten die militärisch und wirtschaftlich dominierende Macht der Hemisphäre bleiben. Eine Diversifizierung der Westbeziehungen Lateinamerikas in Richtung Kanada und Westeuropa ist indessen zur Blockierung eines langfristig erfolgreichen Vormarsches der UdSSR unerlässlich.

Die neue Rolle Europas

Im Lichte der von KSZE, MBFR und SALT herbeigeführten De-

tente haben die Politiker Westeuropas, innerhalb wie auch ausserhalb der Europäischen Gemeinschaft, über lange Zeit nicht wahrhaben wollen, dass sich die entscheidenden Konfliktszenen in den Ost-West-Beziehungen von Europa auf andere Kontinente verschoben haben. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan öffnete die Augen für ein globales Konzept des Kreml zur Weltherrschaft. Die Idee des inzwischen notorischen Krisenbogens (Angola-Moçambique-Horn von Afrika-Südjemen-Pakistan-Afghanistan) war geboren. Auch der unter dem überaus zielstrebigem Admiral Gorskow erfolgende rapide Ausbau der Sowjetflotte, heute in allen Weltmeeren einsatzfähig, liess aufhorchen. Die Verletzlichkeit der lebensnotwendigen Oelversorgung aus dem Golf von Persien schliesslich liess westliche Strategen den Gedanken eines Einsatzes von Nato-Verbänden ausserhalb der Mitgliedstaaten erwägen.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen in Asien, dem Mittleren Osten und Afrika erschien Lateinamerika fälschlicherweise als ein Kontinent der stabilen Loyalität zum Westen. Von geostrategischem Interesse sind für die UdSSR zunächst primär Zentralamerika (im Blick auf die Karibik und den Panamakanal) sowie die Südspitze des Kontinents (Cape Horn). Im ersten Falle öffnete die völlige Vernachlässigung überfälliger sozialer Reformen der UdSSR den Zugang, im zweiten wird es der Falkland-Konflikt sein. In beiden

Gebieten kann jedoch Europa, wenn es sich auf eine eigenständige Lateinamerika-Politik besinnt, einen entscheidenden Beitrag zur Rückweisung sowjetischer Vorstösse leisten.

Keine europäisch-lateinamerikanische Auseinandersetzung

Im Gefolge der Falkland-Krise sind neue Vorstösse nötig, und die Europäischen Gemeinschaften, deren Blickfeld auf Grund der Lomé-Konventionen bislang vor allem nach Afrika, der Karibik und dem Pazifik gerichtet war, müssen in ihren Ausbenbeziehungen Lateinamerika das diesem Kontinent gebührende politische und ökonomische Gewicht beimessen. Politisch wird es für Europa unerlässlich sein, sich von den innenpolitisch zwar verständlichen, international jedoch nicht haltbaren Ausschliesslichkeitsansprüchen der britischen Regierung über die Falkland-Inseln deutlich zu distanzieren.

Besondere Anstrengungen sollten erbracht werden, um der lateinamerikanischen Öffentlichkeit klarzumachen, dass es sich bei den Auseinandersetzungen um die Falkland-Inseln stets um ein argentinisch-britisches Problem und nie um eine europäisch-lateinamerikanische Auseinandersetzung handelte. Das durch den Krieg im Südatlantik geweckte Interesse der Europäer an Lateinamerika sollte im Gegenteil zu einer Vertiefung der wechselseitigen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen nutzbar gemacht werden.

J. VONTOBEL & CO.

Bankiers

Vermögensverwaltung und Beratung
für private und institutionelle Anleger

Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11

Portugal: Semi-Demokratie an der Südwestecke Europas

Heinrich der Seefahrer blickt wieder übers Meer

Seit den wilden Tagen der «revolutionären Phase» von 1974/75 hatte wohl die junge portugiesische Demokratie in den vergangenen Monaten ihre bisher härtesten Prüfungen zu bestehen. Zu Generalstreiks zum Sturze der «katastrophalen» Regierung der Demokratischen Allianz (AD) hatte die kommunistische Gewerkschaft CGTP-Intersindical Nacional am 12. Februar und 11. Mai aufgerufen. Die Aufrufe fanden lauen Widerhall, denn in den acht Jahren seit dem Umsturz vom 25. April 1974 sind viele Illusionen verflogen, müssen sich auch die Portugiesen der Wirklichkeit stellen. Portugalkenner und -beobachter Jacques Baumgartner weilte in diesen Tagen (einmal mehr) in der Südwestecke Europas. Hier seine Lageanalyse:



Ministerpräsident Pinto Balsemão: Erst nach der Revision der marxistischen Verfassung wird Portugal eine echte Demokratie sein.

Am Ende der Illusionen sollte, wie es kürzlich die sozialistische Tageszeitung «Portugal Hoje» fettgedruckt schrieb, auch die Kommunistische Partei (PCP) des vorbehaltlosen «Stalinisten» Alvaro Cunhal sein. Die Portugiesen haben nämlich nicht vergessen, dass es die Kommunisten waren, die versucht hatten, und zwar bedenkenlos und rücksichtslos, der Volksmehrheit ihren Willen aufzuzwingen, im wahrsten Sinne des Wortes — und der Bedeutung — «Moskau am Atlantik» zu installieren.

Ein Komet wird vermisst

Derzeit ist die vierzehnte Regierung im Amt, seit die Bewegung der Armee (MFA) das autoritäre Rechtsregime des Ministerpräsidenten Marcello Caetano unblutig stürzte. Die Regierung des derzeitigen Ministerpräsidenten Pinto Balsemão hat am 5. Oktober 1980 bei regulären Wahlen, nachdem sie schon zehn Monate zuvor als Siegerin aus vorzeitig notwendig gewordenen Wahlen hervorgegangen war, die absolute Mehrheit in der Versammlung der Republik (Parlament) erlangt. Sie setzt sich zusammen aus Sozialdemokraten (PSD), konservati-

vem Christlichsozialem Zentrum (CDS) und Volksmonarchisten (PPM).

Ihr erster Ministerpräsident, der wirblige und unberechenbare, aber harte und konsequente Francisco Sa Carneiro, kam bei einem Flugzeugunfall im Dezember 1980 inmitten der Kampagne für die Präsidentschaftswahl ums Leben. Er hatte sich gegen General Ramalho Eanes, der für eine zweite fünfjährige Amtszeit gewählt wurde, mit Leib und Seele engagiert.

Der «Komet der siebziger Jahre», wie Sa Carneiro heute von den Portugiesen genannt wird (wie auch der Titel eines eben erschienenen Buches lautet), fehlt heute spürbar seiner Partei, den Sozialdemokraten. Der erbitterte Eanes-Gegner hatte dem Staatspräsidenten die Zusammenarbeit verweigert, weil er in ihm das Haupthindernis für ein echtes demokratisches Portugal nach westeuropäischem Verständnis sah.

Semi-Demokratie

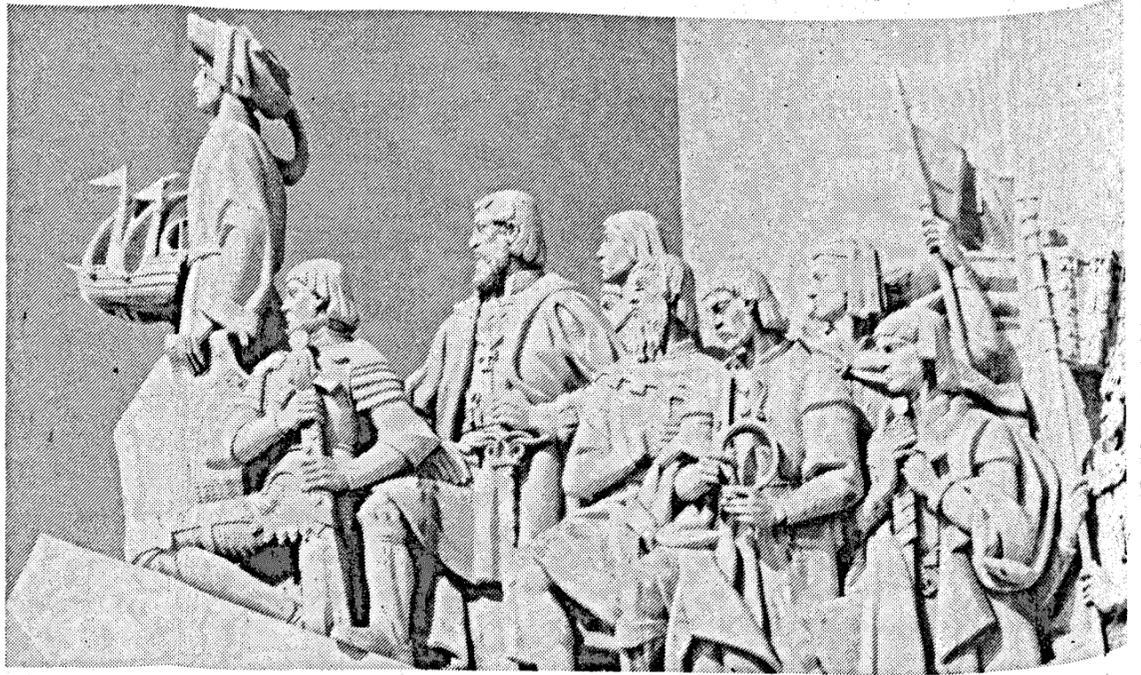
Und in der Tat, Portugal ist derzeit noch eine Semi-Demokratie. Die andere undemokratische



Ex-Ministerpräsident Mario Soares: Er hat nach der Verfassungsrevision der Regierung der Demokratischen Allianz (AD) den erbitterten Kampf angesagt.



Portugal — immer noch Land der Gegensätze.



Monument in Lissabon, Heinrich der Seefahrer: Blick wieder über das Meer...

Hälfte verkörpert der nicht gewählte Revolutionsrat aus neunzehn, meistens linksstehenden, Offizieren, miteingeschlossen Staatspräsident Ramalho Eanes, der den Vorsitz führt. Das Gremium wacht über die Legislative, blockiert Gesetze, die nach seiner Auffassung gegen den verfassungsmässig vorgeschriebenen Weg Portugals in die «klassenlose Gesellschaft» verstossen.

Wahlerauftrag an die AD-Regierung ist aber, diese marxistische Verfassung aus dem Jahre 1976 zu revidieren. Eine Revision ist nur mit Zweidrittelmehrheit in der Versammlung der Republik möglich. Dazu benötigt die Demokratische Allianz aber die Unterstützung der sozialistischen Abgeordneten des ehemaligen Ministerpräsidenten Soares. In den vergangenen zwei Jahren ist offen und hinter den Kulissen um diese Unterstützung gerungen worden, und die Soares-Sozialisten scheinen nun gewillt zu sein, der Demokratischen Allianz die fehlenden Stimmen nicht zu versagen.

Erbarmungsloser Kampf angekündigt

Aber für «danach» hat Mario Soares dieser AD-Regierung den erbarmungslosen Kampf vorangekündigt. Mit Händen und Füßen, mit kleinen und grösseren Streiks stemmen sich die Kommunisten gegen die Verfassungsänderung. «Ihre Errungenschaften» des 25. April wären damit dahin, denn — unter anderem — zu finanziellen Fässern ohne Boden gewordene verstaatlichte Betriebe würden abgestossen, beziehungsweise reprivatisiert, ebenso Banken und Versicherungen. Portugal braucht dringend ausländische Investoren, die sich nach wir vor zurückhalten.

Immerhin, nach Angaben des Präsidenten des staatlichen Instituts für ausländische Investitionen, Vaz Pinto, verdoppelten sich 1981 im Vergleich zum Vorjahr die ausländischen Engagements auf umgerechnet etwa 360 Millionen Franken. Nach Frankreich und den Vereinigten Staaten folgt die Schweiz bei den Auslandsinvestitionen auf Platz drei

Mit der Verfassungsänderung verschwände auch der Revolutionsrat. Das Geschäft hat die zuständige Parlamentskommission bereits passiert. Die entscheidende Abstimmung im Parlament findet möglicherweise noch vor den Sommerferien statt.

Palaver gehört zur Politik

«Palavra» heisst das Wort, und portugiesische Politik lebt vom und mit dem Palaver. Hinzu kommt, dass Politik in erster Linie auf die eigene Person bezogen betrieben wird, gleichgültig, welcher Couleur der Herr Abgeordnete angehört. So klagen auch im

neuen Portugal nicht wenige Menschen, dass das Volkwohl zu wenig im Auge behalten werde. Die Folge davon offenbart sich in einer gewissen «gefassten Resignation», aber einig ist man sich darin, dass man — die Mehrheit — nicht zu den Zuständen vor



Als Soldat nach wie vor geachtet: Antonio de Spínola.

dem 25. April 1974 zurück möchte.

Nahezu eine Million Rückkehrer (Retornados) aus den ehemaligen Ueberseegebieten, Menschen aller Hautfarben, hat Portugal in diesen acht Jahren aufgenommen, integriert, das Land hat sie irgendwie und irgendwo aufgenommen. Und was ist aus den Revolutionären, den Galionsfiguren geworden?

Major Otelo de Carvalho, der den 25. April eigentlich leitete und sich schon als «Fidel Castro Europas» sah, schimpfte dieser Tage wie ein Rohrspatz auf Lissabons Prachtsstrasse Avenida Liberdade, weil sich sein Chauffeur im Verkehrsgewühl verspätet hatte. Der «rote Admiral» Rosa Coutinho, vermittelt portugiesische Fachkräfte ans marxistische Angola. Ex-Staatspräsident Costa Gomes steht der portugiesischen Sektion des Moskauer «Friedensrates» vor und leitet Anti-Amerika- und Anti-Neutronenbombenmärsche. Vasco Gonçalves hat seiner Tochter, als er noch Ministerpräsident war, ein Haus in Lausanne verschafft.

Wo das Land aufhört...

Und Antonio de Spínola, der General mit dem Monokel, lehnte es im Februar in einem Schreiben an Staatspräsident Ramalho Eanes ab, zusammen mit Costa Gomes mit dem Marschallstab geehrt zu werden. Nicht verzeihen mögen viele de Spínola, dass er eben «Portugal und die Zukunft» nur mit einem Auge klar sah, aber als grosser Soldat ist er nach wie vor geachtet.

Die «revolutionäre Phase» gehört der Vergangenheit an, aber teilweise offenbar auch in den ehemaligen Kolonien Moçambique, Angola, Guinea-Bissau, Kapverden. Die Bande zum einstigen Mutterland sind wieder enger geknüpft worden.

Heinrich der Seefahrer steht wieder dort, wo das Land aufhört und das Meer beginnt. Als unpolitischer Experte scheint er wieder zunehmend willkommen zu sein...



Bauer im Alentejo: Bis 1984 in die Europäische Gemeinschaft?

BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH

&

JOHANNESBURG

Johannesburg 2000 S.A., 34, Melville Road
Letters: P.O. Box 6082, Telephone: 614-1691